



Ein erfolgreiches Jahr und ein Blick in die Zukunft

Aus der Rede von Kirsten Fründt, Landesvorsitzende der SGK Hessen e.V.,
anlässlich der SKG-Landesdelegiertenkonferenz am 21.4.2018 in Langgöns

Dies war ein ereignisreiches Jahr, wir haben uns viel vorgenommen und wir haben viel erreicht. Die SGK hat sich weiter profilieren können und hat fast alle Themen der Kommunalpolitik im Vorstand, in Arbeitskreisen, mit Veranstaltungen bearbeitet.

Die Liste ist lang. Auf der Grundlage unseres Arbeitsprogramms haben wir uns unter anderem mit:

- der Hessenkasse
- dem Schülerticket
- dem Verbleib von Kommunalvertretern in den Verwaltungsräten der Sparkassen
- dem Metropolgesetz Frankfurt-Rhein-Main
- der Finanzierung der Kinderbetreuung
- der Notarztversorgung
- dem Unterhaltsvorschussgesetz
- der Hessischen Verfassung

befasst.

Unsere Vorstellungen zur Landespolitik sind in das Landtagswahlprogramm eingeflossen. Ich hatte die Ehre, der Programmkommission anzugehören und mit Norbert Schmitt die wichtige Arbeit der AG Finanzen zu leiten.

Und ich freue mich natürlich, dass ich auch mit eurer Unterstützung seit dem letzten Landesparteitag dem SPD-Landesvorstand angehöre.

Ich finde, der Programmentwurf ist gelungen. Der Hessengipfel hat ihm zugestimmt. Aber nichts ist so gut, als dass es nicht noch besser werden könnte. Deshalb bitte ich euch, aktiv an dem Programmprozess teilzunehmen und eure Anregungen einzubringen. Wir sind Programmpartei



Frank Matiaske, Kirsten Fründt und Gastredner Thorsten Schäfer-Gümbel Fotos (3): SGK Hessen e.V.



Thorsten Schäfer-Gümbel, Vorsitzender der SPD Hessen und Fraktionsvorsitzender der SPD-Landtagsfraktion



Prof. Dr. Jan Hilligardt, Mitglied des Vorstands der SGK Hessen e.V., Direktor des Hessischen Landkreistages

und das gilt auch für die Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen, die in den Kommunen ihre Arbeit leisten.

Deshalb macht mit! Auch das ist ein Teil der Erneuerung, von der jetzt alenthalben gesprochen wird.

Wir haben uns in diesem Jahr erstmals der Arbeit der Ortsbeiräte gewidmet. Und das hat seinen Grund. Wenn wir immer davon sprechen, dass Kommunalpolitik direkt sei, dann ist sie in den Ortsbeiräten sehr direkt. Dort arbeiten nach unseren Schätzungen – genaue Zahlen gibt es nicht – an die 3.000 Menschen für die Idee der Sozialdemokratie. Es ist bemerkenswert, dass es nicht mal eine Aufstellung der Mitglieder der Ortsbeiräte gibt. Weder beim Innenministerium, noch in unserer eigenen Partei.

Die Geschäftsstelle hat dann mühsam unter Mithilfe vieler Genossinnen und Genossen Adressen gesammelt. Am 27. Januar fand dann in Gießen die erste Ortsbeirätekonferenz der

Inhalt

Alfred Schubert erhält
Auszeichnung für sein
kommunalpolitisches
Lebenswerk

Hessenlöwe für besondere
Projekte

„Gewalt geht nicht“

Hessen von morgen

Eine Zukunft für
Mengerskirchen

Aus der Rechtsberatung
der SGK

SGK Hessen Veranstaltungen

Angebote der AfK

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:

SGK Hessen e.V.,
Marktstr. 10, 65183 Wiesbaden
Telefon: (0611) 360 11 74
Telefax: (0611) 360 11 95
info@sgk-hessen.de

Redaktion: Michael Siebel, V.i.S.d.P.

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

SGK in Hessen statt und sie war ein großer Erfolg. Über 70 Genossinnen und Genossen waren gekommen, um über die Rechte der Ortsbeiräte etwas zu erfahren, um voneinander zu lernen, was alles möglich ist. Das fand ich schon sehr beeindruckend. Und versprochen – wir werden das jetzt jedes Jahr machen.

Ein Thema hat fast alle unsere Fraktionen angefasst: Das ist die Tatsache, dass die AfD mit der Kommunalwahl in viele Landesparlamente eingezogen ist. Dadurch haben sich die kommunale Landschaft, die Mehrheitsverhältnisse und die politische Diskussionskultur verändert.

Die AfD verhält sich aber nicht überall gleich. Es gibt Gemeindeparlamente, in denen explizite Rassisten sitzen, die kein Blatt vor den Mund nehmen. Es gibt aber auch solche, die aus gutbürgerlichen Verhältnissen kommen, die zwar eine gegen Flüchtlinge gerichtete Politik machen und damit bis weit in die Gesellschaft einen Resonanzboden finden, die sich aber durchaus mit kommunalpolitischen Themen auseinandersetzen.

Durchgängig ist festzustellen, dass die AfD in den sozialen Medien sehr aktiv ist, dass sie mit dem Mittel der Fake News arbeitet und somit Stimmungen erzeugt und Stimmung macht.

Wir haben uns damit auseinandergesetzt und ein Positionspapier für die Organisation erarbeitet und dieses mit mehreren Veranstaltungen begleitet.

Die SGK hat darüber hinaus auch weitere Veranstaltungen durchgeführt:

- Mit der AWO Hessen Süd zum Thema Wohnen
- Mit der KfW zum Thema Investitionsrückstände
- Mit Referenten der Landtagsfraktion zu den Straßenbeitragssatzungen
- Mit einem Referenten des Städte- und Gemeindebundes zur interkommunalen Zusammenarbeit

Für dieses Jahr sind weitere Veranstaltungen zu folgenden Bereichen geplant:



Der Vorstand 2018 der SGK Hessen e.V.: Stefan Scholl, Frank Matiaske, Carsten Nickel, Kirsten Fründt, Roger Podstatny, Rosa-Maria Hamacher, Monika Sperzel, Winfried Becker, Torsten Warnecke, Julia Ostrowicki (v.l.)

Fotos (2): SGK Hessen e.V.

- Landtagswahlprogramm
- Wasserversorgung
- Digitalisierung
- ÖPNV Entwicklung und Bildung

Natürlich ist die Bundestagswahl auch an uns nicht spurlos vorbeigegangen. Wir haben eine Broschüre erarbeitet, in der die Entlastung der Kommunen durch die letzte Bundesregierung dargestellt wurde. Aber wir müssen ehrlich sagen, dass das Thema der finanziellen Ausstattung der Kommunen, gar ein Konnexitätsprinzip zwischen Bund und Kommunen, im Wahlkampf keine Rolle gespielt hat.

Mehr Geld für Kommunen

Gleichwohl sind wir Kommunale mit dem Ergebnis des Koalitionsvertrags im Bund nicht nur einverstanden, sondern sehr zufrieden. Wir bekommen erneut viel Geld, das Grundgesetz soll geändert werden, um den Ländern und damit den Kommunen Mittel für Bildung und Wohnen direkt zukommen zu lassen. Das ist gut so. Aber jetzt beginnt die Arbeit in Berlin und wir sind gespannt.

Die SGK hat auch in diesem Jahr ihr Leistungsangebot gehalten und sogar ausgebaut. Die DEMO, der Hessensplit in der DEMO, ist unser wichtigstes Printorgan. Wir haben die DEMO sowohl von den Inhalten als auch von der Bildsprache verbessert. Daneben gibt es die Kommunalmail und unregelmäßige Informationen über Argumentations- und Positionspapiere.

Wir haben unsere Homepage technisch und inhaltlich überarbeitet. Die Rechtsberatung wurde ausgebaut und wird rege in Anspruch genommen.

Zu unserem Service gehören auch die Rufseminare der AfK zur „Neuaufstellung von Fraktionen“ und die „Akademie auf dem Weg ins Rathaus“. Diese neue Akademie ist ganz wesentlich von Frank Matiaske und Michael Siebel konzipiert worden und hat mit Erfolg und vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern im letzten Monat geendet. Auch dieses Format werden wir wieder auflegen. Dazu gehört auch die Kommunal-

akademie Hessen, in der jungen Leuten die Kommunalpolitik vermittelt wird. Im kommenden Jahr feiert die Kommunalakademie Hessen ihr 10-jähriges Jubiläum.

Regelmäßig findet die AG der Geschäftsführer*innen und Fraktionsvorsitzenden statt. Wir haben in Absprache mit Nordhessen jetzt einen ersten Termin für eine AG Geschäftsführer*innen und Fraktionsvorsitzende vereinbart.

Auf enorme Resonanz stößt das „Netzwerk Frauen“. Nicht nur die mehrmaligen Treffen pro Jahr, sondern die Seminare speziell für Frauen stärken das aus meiner Sicht so notwendige und wichtige Netzwerk.

Unsere Finanzen sind solide und gesichert. Durch eine Verbesserung der Personalkostenerstattung durch die AfK sind uns Spielräume für die politische Arbeit eröffnet worden.

Deshalb möchte ich mich abschließend für die gute Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle bedanken. Ich kann mich auf Michael, Marion und Hendrik voll verlassen. Das ist gut zu wissen.

Die Wahl vor Augen

Am 28. Oktober findet die Landtagswahl in Hessen statt. Diese Wahl ist auch für uns Kommunale von herausragender Bedeutung.

Gerade die aktuelle Diskussion um die Hessenkasse zeigt, dass Landespolitik nie von der Kommunalpolitik entkoppelt stattfinden darf. Die SPD ist nach wie vor in Gemeinden und insbesondere in den Landkreisen die stärkste Kraft. Deshalb brauchen wir eine SPD-geführte Landesregierung. Dafür wird die SGK Hessen gemeinsam mit der Hessischen SPD kämpfen.

Vom 23. bis 24. November findet die Bundesdelegiertenkonferenz der SGK in Kassel statt. Das hat einen Grund. Vor 40 Jahren wurde die SGK auf Bundesebene in Kassel gegründet. Ich wünsche mir und hoffe, dass wir unsere Kraft darauf konzentrieren, dass auf dieser Konferenz Thorsten Schäfer-Gümbel als zukünftiger Hessischer Ministerpräsident begrüßt wird.



Die Absolventen der Kommunalakademie 2017: Tobias Günther und Kevin Trah-Bente

Kita-Debatte geht weiter

SPD fordert vollständige Gebührenbefreiung und Qualitätsverbesserung und Entlastung der Kommunen



Als unzureichend sehen Gerhard Merz und Thorsten Schäfer-Gümbel das von Schwarz-Grün beschlossene Kita-Gesetz. Sie fordern vollständige Gebührenfreiheit, Ausbau der Betreuungsqualität und Entlastung der Kommunen.
Foto: Martina Häusl-David

Halbe Sachen bei der Beitragsfreiheit für Kitas und null Qualitätsverbesserung – diese Punkte prägen aus Sicht der SPD-Fraktion das neue Kita-Gesetz von Schwarz-Grün, das mit den Stimmen der Koalition im Hessischen Landtag beschlossen worden ist.

Gerhard Merz kündigte an, dass die SPD sich weiter für komplet-

te Gebührenfreiheit, bessere Qualität und die Entlastung der Kommunen einsetzen werde. Die SPD habe einen sehr viel besseren Gesetzentwurf vorgelegt, sagte Merz. „Unser Gesetz schafft die Beiträge in einem Stufenmodell komplett ab, für alle Betreuungszeiten, für alle Kinder vom ersten Lebensjahr an und auch in der Tagespflege. Unser Gesetz verbessert erheb-

lich die Qualität, indem Zuschläge für die Leitungstätigkeit, für die mittelbare pädagogische Arbeit, wie z.B. für Elterngespräche und für Vor- bzw. Nachbereitung, sowie ein auskömmlicher Zuschlag für die Ausfallzeiten bei Urlaub und Krankheit vorgesehen sind. Unser Gesetz ist wesentlich unbürokratischer und entlastet die Kommunen deutlich. Am Ende trägt das

Land dann zweit Drittel der Betriebskosten“, erklärte Merz.

Die SPD habe für den Vorschlag, den Personalschlüssel deutlich zu erhöhen, viel Zustimmung der Fachleute erhalten. Dieser Aspekt bleibe bei Schwarz-Grün vollkommen auf der Strecke. Und auch die Gebührenreduzierung bleibe halbherzig. Betreuung über sechs Stunden koste weiterhin und für die Betreuung von Krippenkindern sei keine Entlastung vorgesehen.

„Unser Gesetzentwurf bleibt auf der Tagesordnung: Man kann diesen Gesetzentwurf wählen und zwar am 28. Oktober 2018 bei der Landtagswahl und damit für wirkliche Gebührenfreiheit, für deutlich mehr Qualität und für eine einfache, aber verbesserte Landesförderung der Kitas stimmen.“

Hessenkasse beschlossen



Torsten Warnecke.

Nachdem die CDU-geführte Landesregierung den hessischen Kommunen zwischen 2001 und 2015 zwei Milliarden Euro vorenthalten hat, soll jetzt die so genannte „Hessenkasse“ die Kommunen entschulden helfen. Der Haken dabei: 73 Prozent der veranschlagten 245 Millionen Euro zahlen die Kommunen selbst, nur 27 Prozent das Land, hat Torsten Warnecke in der abschließenden Debatte im Hessischen Landtag kritisiert.

Dabei sei für die Misere der Kommunalfinanzen die seit fast zwanzig Jahren CDU-geführte Landesregierung maßgeblich verantwortlich. „Allein das Kassenkreditvolumen hat sich seit 2005 verdoppelt.“

Straßenbeiträge abschaffen

Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag fordert die vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Zum Ausgleich der Mindereinnahmen bei Städten und Gemeinden

soll diesen eine Investitionspauschale vom Land zur Verfügung gestellt werden.

Die von CDU, Grünen und FDP gemeinsam angekündigte

Neuregelung, mit der die Verantwortung für die Gebühren vollständig auf die Kommunen verschoben wird, lehnte der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion Günter Rudolph ab. „Das wird die Bürgerinnen und Bürger nicht entlasten. Die Ungerechtigkeiten für die Grundstückseigentümer können so nicht verhindert werden. Viele können die hohen Beträge gar nicht oder nur mit sehr großer Mühe aufbringen.“

Die SPD stehe dazu, die Kommunen mit der Finanzierung ihrer kommunalen Infrastruktur nicht alleine zu lassen. „Bei einer Abschaffung der Straßenbeiträge, brauchen die Kommunen deshalb einen finanziellen Ausgleich, den das Land tragen muss.“



Foto: Thomas Söllner/Fotolia

Alfred Schubert erhält Auszeichnung für sein kommunalpolitisches Lebenswerk

Alfred „Adi“ Schubert ist mit seiner ganzen Person immer in der Kommunalpolitik verankert geblieben und hat über Gebietsgrenzen hinweg für die Interessen der kommunalen Familie gekämpft – zur Not auch mal mit einem Demo-Zug vor die damals noch SPD-geführte hessische Staatskanzlei.

Alfred Schubert stammt aus einer Politikerfamilie: Der Vater war mehr als 30 Jahre lang Gemeindevertreter und Stadtverordneter in Bergen-Enkheim, der Onkel mehr als 20 Jahre Bürgermeister im Ort.

Wenn man in einer solchen Familie aufwächst, dann gibt es eigentlich nur zwei Optionen: Entweder man lebt fern von der Politik oder man steigt selbst ein. Und wir können glücklich sein, dass sich Alfred Schubert für die Politik entschieden hat: Mit gerade mal 27 Jahren wurde Alfred Schubert 1966 in seiner Heimatstadt Bergen-Enkheim zum jüngsten Stadtrat gewählt.

Neun Jahre Erster Stadtrat

Zu Alfred Schuberts Aufgaben als Erster Stadtrat gehörten auch die schwierigen Verhandlungen über die

Eingemeindung der Stadt Bergen-Enkheim nach Frankfurt. Zwar konnte die Eingemeindung nicht verhindert werden, aber mit dem Frankfurter Oberbürgermeister Rudi Arndt wurde ein großzügiges Investitionsprogramm verhandelt, in dessen Folge die Stadthalle, das Schwimmbad und das Stadion in Bergen-Enkheim gebaut werden konnten.

Bei der diesjährigen Ortsbeirätekonferenz der SGK Hessen hat Alfred aus dem Eingemeindungsvertrag und den Verhandlungen berichtet und noch heute erstaunte Reaktionen über den Verhandlungserfolg hervorgerufen.

Umlandsverband Frankfurt/M.

Von 1975 bis 1981 war Alfred als hauptamtlicher Beigeordneter im Umlandsverband Frankfurt tätig, dem Vorläufer des heutigen Regionalverbands Frankfurt/Rhein-Main. Hier galt es damals überhaupt erst die Verwaltung und Strukturen des Verbandes aufzubauen, um interkommunale Zusammenarbeit zu ermöglichen. Alfred Schubert erwarb sich dabei auf Grund seiner integren Amtsführung und fachlichen Qualifikation ein hohes, parteiübergreifendes Ansehen. Während dieser Zeit blieb Adi Schubert seinem Bergen-Enkheim von 1977 bis 1981 als Ortsvorsteher erhalten.

Koordinierungsstelle Kommunalpolitik

Nachdem CDU und FDP die Wiederwahl als Beigeordneter im Umlandsverband abgelehnt hatten, verließ Alfred Schubert 1981 Frankfurt, um in Bonn die SPD-Bundestagsfraktion als Referent in der Koordinierungsstelle Kommunalpolitik zu unterstützen. Diese Stelle wurde 1981 in enger Zusammenarbeit mit der Bundes-SGK als neues Referat überhaupt erst aufgebaut. Die kommunale Interessenvertretung in der Partei und Fraktion auf Bundesebene betrachten wir heute als selbstverständlich, damals handelte es sich in vielerlei Hinsicht noch um Neuland.

Bürgermeister von Hattersheim

Bonn blieb für Alfred Schubert jedoch ein kurzes Intermezzo – denn es folgte der Ruf zurück in die Rhein-Main-Region, nämlich als Bürgermeister von Hattersheim am Main. So kurz der Aufenthalt in Bonn war, so langfristig war Alfreds Schuberts Wirken in Hattersheim.

Ganze 16 Jahre währte die Amtszeit, von 1982 bis 1998. In diese Phase fielen Stadt- und Dorf-Erneuerungsprogramme in den einzelnen Stadtteilen, die Durchführung des Bundesprogrammes „Soziale Stadt“, aber auch die Erneuerung des Freibades und die Gründung des Kulturforums. Besonders wichtig war Alfred Schubert die Völkerverständigung – während seiner Amtszeit wurden Städtepartnerschaften in Frankreich, Ungarn und Kapverden geschlossen.

Präsident des Hessischen Städte- und Gemeindebunds

Alfred Schubert hat immer über die Gemarkungsgrenzen hinausgeblickt, vielleicht auch, weil er in Bergen-Enkheim deren Auflösung erlebt hat. Und so ist es nur folgerichtig gewesen, sich über viele Jahre neben dem Bürgermeisteramt als Kreistagsabgeordneter, in der Regionalversammlung und vor allem als Vizepräsident und schließlich auch als Präsident des Hessischen Städte- und Gemeindebundes zu engagieren.

Im Deutschen Städte- und Gemeindebund bekleidete Alfred Schubert das Amt des Vizepräsidenten. In diese Haltung der Vernetzung und Interessenvertretung der Kommunalen gehört auch das jahrzehntelange Engagement von Alfred Schubert in der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik.



Adi Schubert wurde mit dem Goldenen Hessenlöwen geehrt

Foto: SGK Hessen e.V.



Kirsten Fründt freut sich mit Fritz Götz und Robert Lenhardt (v.l.) über die Ehrung.

Foto: SGK Hessen e.V.

Hessenlöwe für besondere Projekte:

Preis geht an SPD-Fraktion Lampertheim

Auszeichnung für eine brillante Aktion

In Lampertheim wurde durch die Fraktion der SPD ein Konzept für aufsuchende Sozialarbeit ins Leben gerufen. Außerdem wurde mit der Einberufung einer lokalen Armuts- und Sozialkonferenz der fachliche Austausch zwischen Politik, Verwaltung und Sozialverbänden gestärkt.

Altersarmut und Vereinsamung

Und eine der ersten Erkenntnisse betraf ein aktuelles Thema: Auch in Lampertheim zeigen sich Anzeichen von Altersarmut und Vereinsamung von Senioren. Ein Teilnehmer der Konferenz berichtete: „Es gibt Senioren, die täglich etwas im Internet bestellen, weil der Postbote der einzige Mensch ist, den sie am Tag noch sehen“. Das war eine bittere Erkenntnis und zeigt die Notwendigkeit klassischer Sozialpolitik – auch und gerade in der Kommune!

Als erste Maßnahme wurde deshalb das Konzept der aufsuchenden Sozialarbeit auf Senioren abgestimmt. Die halbe Betreuungsstelle der Lampertheimer Seniorenbegegnungsstätte wurde aufgestockt und das

Tätigkeitsprofil entsprechend angepasst. Zu den Aufgaben gehört nun auch die aufsuchende Sozialarbeit für Senioren, also gezielte Vor-Ort-Besuche, Fallbegleitung, Ansprechpartner für das soziale Umfeld und die Vermittlung von Hilfsangeboten, etwa von Caritas, AWO oder der Stadt.

Netzwerk aufbauen

Ziel ist es, ein Netzwerk der Früherkennung und Hilfe zu spannen. Häufig bemerken nämlich Nachbarn oder das weitere soziale Umfeld Veränderungen bei alleinstehenden Senioren: Die Zeitung bleibt liegen, der Garten verwildert oder die Mülltonne wird nicht mehr rausgestellt. Es fehlt dann aber der Ansprechpartner, über den professionelle Hilfe vermittelt werden kann.

Genau an dieser setzt das auf Initiative der SPD-Fraktion Lampertheim entwickelte Konzept an. Mittlerweile steht – auch aufgrund der Unterstützung des Seniorenbeirates – ein engmaschiges Netz mit aufsuchendem Charakter für Seniorinnen und Senioren in schwierigen Lebenslagen zur Verfügung.

„Gewalt geht nicht“

Ein Hessenlöwe für gelungene Aktionen Landkreis Schwalm-Eder

Der Landkreis Schwalm-Eder wird von der AfK Hessen für das Projekt „Gewalt geht nicht!“ mit einem Hessenlöwen ausgezeichnet.

Hintergrund des Projektes: 2008 fiel eine rechtsextreme Gruppierung im Raum Schwalm-Eder zunehmend durch Agitation und dann auch schwerwiegende Gewalttaten auf. An den Angriff auf den Zeltplatz einer linken politischen Jugendorganisation können wir uns alle erinnern. Als Reaktion wurde von einer parteiübergreifenden Initiative des Kreis-ausschusses das Projekt „Gewalt geht nicht!“ ins Leben gerufen, das allgemein Antworten auf jede Form von politischer Gewalt finden sollte. Bedingt durch die zahlreichen Vorfälle im Schwalm-Eder-Kreis liegt der Schwerpunkt der Arbeit aber eindeutig auf rechtsextrem motivierter politischer Gewalt.

Zu den Aufgaben gehören:

- Informationen zur rechtsextremen Szene sammeln und bewerten
- Individuell zugeschnittene Fortbildungsangebote für Multiplikatoren aus Schule, Jugendarbeit, Vereinen und Verbänden konzipieren, anbieten und durchführen
- Unterstützung, Intervention und Beratung in aktuellen Krisensituationen bei einer Konfrontation mit Rechtsextremismus

- Inhaltliche Beratung sowie auch finanzielle Unterstützung bei Präventionsmaßnahmen
- Lokale Koordinierung des „Lokalen Aktionsplanes“ im Schwalm-Eder-Kreis, im Rahmen des Bundesförderprogramms TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN (das Projekt wird seit dem 01.01.2011 gefördert)

Gearbeitet wird dabei mit Projektmitteln unter anderem für Informationsfahrten und Projekttag und einer Wanderausstellung zum Thema Rechtsextremismus, die von Einrichtungen und Institutionen ausgeliehen werden kann.

Demokratie lernen

Das Projekt „Gewalt geht nicht!“ ist trotz seiner fast zehnjährigen Tätigkeit weiterhin hochaktuell, wie wir leidvoll durch die steigende Gewaltbereitschaft in der politischen Auseinandersetzung in den letzten Jahren erfahren mussten.

Es bestätigt sich: Demokratie ist die einzige Staatsform, die immer wieder neu erlernt werden muss. Dazu trägt der Schwalm-Eder-Kreis mit seinem Projekt „Gewalt geht nicht!“ mit viel Herzblut bei und das ist uns den Kommunal-Löwen für brillante Aktionen in der Kommunalpolitik wert.



Tom Werner, Projektkoordinator „Gewalt geht nicht“, mit Winfried Becker, Landrat Schwalm-Eder-Kreis, und Kirsten Fründt (v.l.)

Foto: SGK Hessen e.V.

Hessen von morgen

Ein roter Faden: Die hessischen Kommunen im Regierungsprogramm 2019 der SPD

Autorin Kirsten Fründt, Vorsitzende der SGK Hessen e.V.

Im Februar wurde der Entwurf für ein Regierungsprogramm der hessischen SPD unter dem Titel „Hessen von morgen“ auf dem Hessengipfel in Friedewald verabschiedet. Jetzt wird der Entwurf auf Dialogkonferenzen von der SPD-Basis diskutiert.

Die Kommunen und Landkreise in Hessen haben in den Jahren CDU-geführter Landesregierungen immer wieder erhalten müssen für Versäumnisse und Fehler, fehlendes Augenmaß und kurzfristige statt nachhaltige Politik. Die finanzielle Belastung der Städte und Gemeinden ist vor allem durch die Verlagerung von Aufgaben auf die kommunale Ebene gestiegen.

Daher muss die künftige Landesregierung die Kommunen viel stärker im Blick haben. Beim vorliegenden Wahlprogramm ist dies bereits gelungen. Die kommunalen Belange finden sich wie ein roter Faden in den einzelnen Politikfeldern wieder.

Die hessische SPD setzt dabei auf finanzielle Unterstützung, regionale Projektförderung, Verbesserung der Infrastruktur und gezielte Änderungen in Gesetzen und Vorschriften. Insgesamt ist eine Entlastung der Kommunen und gezielte Förderung – orientiert an den Bedingungen vor Ort – geplant. Dazu sollen bei vielen Aufgaben Bund und Land mehr in die Pflicht genommen und eine engere Zusammenarbeit zwischen den politischen Ebenen forciert werden. Kommunikation ist überhaupt ein wesentliches Merkmal der Vorschläge, um Verbesserungen zu erreichen. Einige Punkte möchte ich gerne hervorheben:

Eltern von allen Kita-Gebühren befreien

Kitas und auch Krippen sollen komplett gebührenfrei gestaltet, die Qualität durch mehr Personal in den Kitas verbessert und der Anteil des Landes an den Betriebskosten bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode



Kirsten Fründt hat am Regierungsprogramm mitgearbeitet.

Foto: SGK Hessen e.V.

auf zwei Drittel angehoben werden. Ziel ist, dass Hessen – unter Anrechnung der dem Land zur Verfügung stehenden Bundesmittel – verbindlich und dauerhaft zwei Drittel der Gesamtkosten für den Betrieb von Kindertagesstätten und Tagespflege übernimmt. Gleichzeitig mit der Abschaffung der Elternbeiträge und der Erhöhung des Landesanteils an der Finanzierung der frühen Bildung werden wir die Mittelzuweisung erheblich entbürokratisieren.

Das bedeutet: Die Kommunen werden von den Betriebskosten entlastet. Ähnliches ist auch für das Angebot an Schulsozialarbeit und für den Ausbau von Ganztagschulen vorgesehen.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Zusätzlich zu den Mitteln des Bundes für den Wohnungsbau werden die originären Landesmittel ergänzt. Ziel ist es, dass jährlich der Neubau von mindestens 6.000 Wohnungen mittels erstem und zweitem Förderweg finanziell unterstützt wird. Dazu muss der Bau von Sozialwohnungen und Wohnungen für mittlere Einkommen überall gefördert werden. Auch in den Landkreisen, die mittlerweile die Wohnungsnot ebenso spüren. Dazu öffentliche Förderung mit einer Til-

gungs- und/oder Zuschussförderung verbinden und kommunale Wohnraumversorgungskonzepte entwickeln, um zielgenaue Fördermittel des Landes zu vergeben sowie die Grunderwerbsteuer für förderungswürdige Gruppen zu senken.

Veränderte Planungsverfahren und Flächennutzungsplanung sollen die Hürden zum Bau von Wohnungen beseitigen. Dafür notwendig sind auch die Änderung des Wohnungsbaufördergesetzes und die Einführung einer neuen Grundsteuer C für brachliegende Flächen, die trotz vorhandener Baugenehmigung nicht für den Wohnbau genutzt werden. Das erfolgreiche Programm Soziale Stadt, von dem viele Städte und Stadtviertel profitiert haben, soll intensiviert werden.

Gleiche Lebensbedingungen, egal ob Stadt oder Land

Ob ÖPNV, Gesundheitsversorgung, Breitband-Ausbau oder Bildungsangebote: Die Unterschiede zwischen Stadt und Land dürfen nicht dazu führen, dass es ein Nachteil ist, in einer bestimmten Region zu leben. Daher werden passgenaue regionale Förderprogramme und Projekte dort ansetzen, wo Planung und Unterstützung benötigt wird: ob beim

Bahnhöfe-Förderprogramm, beim Ausbau des Schienenverkehrs, von Rufbussen und Sammeltaxis oder bei der Schaffung spezieller Anreize für die Ansiedlung von Ärztinnen und Ärzten auf dem Land, um nur einige Vorschläge zu nennen. Dabei greift das Regierungsprogramm viele einzelne bewährte Projekte aus den Regionen auf – ein Beweis, dass Gutes wahrgenommen wird ... und dass unsere Kommunalpolitiker*innen eine vorbildliche Arbeit leisten.

Ländliche Regionen benötigen mehr Aufmerksamkeit

Das bedeutet, mehr Fördermittel für Dorfkümmerer und Dorfkaktivierer, ein Gesetz- und Verordnungsscheck für den ländlichen Raum und die Sicherstellung eines Grundangebots an Infrastruktur für alle Bürger*innen.

Zwang zur Zahlung von Straßenausbaubeiträgen abschaffen

Für viel Unmut hat in den letzten Jahren die zwangsweise Verlagerung der Finanzierung von Straßenausbau auf die Anwohner*innen gesorgt. Die Kommunen sahen sich dazu veranlasst, weil sie diese Investitionen so nicht mehr stemmen konnten. Das lag insbesondere am Kommunalen Finanzausgleich, den die schwarz-grüne Regierung in erster Linie genutzt hat, um sich finanziell besser darstellen zu können. Daher soll diese Regelung abgeschafft werden, verbunden mit einer finanziellen Unterstützung der Kommunen.

Insgesamt also ist das „Hessen von morgen“ eines, welches die kommunalen Belange berücksichtigt und sich damit endlich auf die Ebene des Bürgers und der Bürgerin begibt. Sehr konkret bei den Kita-Gebühren, strukturell im ländlichen Raum und beim Wohnungsbau. Jetzt gilt es diese Vorhaben umzusetzen. Und das wird nur mit einer starken SPD in Hessen gelingen. Dies müssen wir nun den hessischen Wähler*innen klarmachen.

Eine Zukunft für Mengerskirchen

Aus: Hessische Städte- und Gemeindezeitung 19.04.2018

Mit dem „Zukunftsforum Mengerskirchen“ will sich der Marktflecken Mengerskirchen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zukünftigen An- und Herausforderungen durch den demografischen Wandel stellen.

Im östlichen Westerwald liegt der Marktflecken Mengerskirchen. Die Gemeinde mit 6.000 Einwohnern hat fünf Ortsteile: Dillhausen, Mengerskirchen, Probbach, Waldernbach und Winkels. Der Marktflecken gehört zum Landkreis Limburg-Weilburg. Eine älter werdende Bevölkerung, die Abwanderung junger Menschen in die Städte und die langsame Auflösung gewachsener familiärer Strukturen: Die ländlich geprägte Gemeinde hat – wie viele andere vergleichbare Kommunen – mit den Herausforderungen des ländlichen Raums zu kämpfen. Die ungünstigen Bevölkerungsprognosen werden hier aber nicht einfach hingenommen. Mit einem Zukunftsforum ist es Mengerskirchen gelungen, wichtige Akzente dem demografischen Wandel entgegenzusetzen.

Ausgangspunkt war eine Initiative des Hessischen Städte- und Gemeindebundes und der TransMIT-Technologiegesellschaft, bei der Prof. Dr. Wolfgang George das Instrument einer „Vitalisierungsanalyse“ für Gemeinden vorgestellt hat. Bürgermeister Thomas Scholz aus Mengerskirchen sah in dem Angebot eine willkommene Gelegenheit, gemeinsam mit Bürgerschaft, der Kommunalpolitik, mit den Vereinen und dem Gewerbe vor Ort nach Chancen für den Marktflecken zu suchen.

Gemeinden, die versuchen, entgegen dem allgemeinen Trend junge Unternehmen, Existenzgründer und Familien anzusiedeln, brauchen eine Analyse ihrer regionalen und lokalen Entwicklungsmöglichkeiten. Hier setzte das „Zukunftsforum Mengerskirchen“ 2014 und 2015 an. Unter großer Beteiligung der Bevölkerung, der Politik und der Medien fanden die ersten Workshops statt, mit denen die Grundlagen für zunächst

vier Projekte gelegt wurden: Das Gründungszentrum Westerwald, die Verbesserung der Pflege und Gesundheitssituation vor Ort, die Regionalvermarktung sowie ein Arbeits- und Wohnprojekt zur Inklusion von Menschen mit Handicaps.

Begleitet werden diese Projekte mit sogenannten Zukunftsgesprächen, einem Format der Öffentlichkeitsarbeit, um Anliegen und Ergebnisse der Projekte in die Breite zu tragen. Die Politik vor Ort musste überzeugt werden. Für Bürgermeister Scholz war es wichtig, dass sich Kommunalpolitikerinnen und -politiker in den Workshops des Zukunftsforums mit engagiert haben. Zudem betont er die Dezentralität des Projektansatzes: Die Bausteine des Zukunftsforums werden jeweils in den verschiedenen Ortsteilen realisiert.

Existenzgründung im ländlichen Raum

Für das Gründerzentrum Westerwald wurde von den Akteuren eine Alt-Immobilie in der Ortschaft Mengerskirchen ausgesucht. Bewusst wurde nicht auf der grünen Wiese ein entsprechendes Zentrum errichtet, sondern ein Areal instand gesetzt, das es erlaubt, eine Mischung von Produktion, Handel und Lager im Ort zu realisieren. Flexibilität ist der große Vorteil der vorhandenen Immobilie, denn durch verschiebbare Wandelemente können Büro und Lagerräume den sich verändernden Bedürfnissen der Gründer angepasst werden. Die Gemeinde konnte etablierte Unternehmen gewinnen, die in das Gründerzentrum mit eingestiegen sind, und den neuen gewerblichen Initiativen eine Starthilfe geben.

In kurzer Zeit gelang es für ansiedlungsbereite Existenzgründer, Unternehmer und Freiberufler, Räumlichkeiten mit der verbundenen technischen Infrastruktur bereitzustellen und fachliche Unterstützung zu organisieren. Eingeplant wurden im sogenannten BackOffice Bereich Besprechungsräume, die von allen Unternehmen gemeinsam genutzt werden.

Insgesamt 5500 Quadratmeter Betriebsfläche stehen den Unternehmen auf zwei Etagen zur Verfügung, für Büros, Werkstätten und Produktion. Es gibt zudem Breitbandanschluss und Gebäudemanagement. Insgesamt 20 Unternehmen und Betriebe sind inzwischen in der Poststraße in Mengerskirchen ansässig, weitere werden folgen.

Pflege und Gesundheit

Die Stärke des Zukunftsforums ist es, Bürgerinnen und Bürger zu ganz verschiedenen Themen und Anliegen zusammenzuführen. So ist ein Zukunftsprojekt die künftige neue Mitte in Mengerskirchen. Ausgangspunkt war der Wunsch des Betreibers eines Seniorenzentrums, sein Gebäude um 40 Wohneinheiten zu vergrößern und somit die Pflegekapazität zu verdoppeln. Für die Zukunft von Mengerskirchen ist es wichtig, dass im Altbau des Pflegeheims ein neuer Allgemeinmediziner seine Praxis eröffnen wird. Die vorhandene Arztpraxis wurde aus Altersgründen geschlossen. Mit dem Erwerb eines entsprechenden Arztsitzes will Mengerskirchen in der Mitte der Gemeinde ein lokales Gesundheitszentrum gründen.

Auch der benachbarte konfessionelle Kindergarten wird dauerhaft erweitert. Wichtig ist für die Mengerskircher Planer, dass Begegnungsräume zwischen Kindern und älteren Mitbürgern entstehen. Ein geplanter Mehrgenerationenpark soll für alle Bürgerinnen und Bürger nutzbar sein.

Käthchen's Dorfladen

Im Ortsteil Dillhausen setzt der dritte Baustein des Zukunftsforums Mengerskirchen an. Mitten im Ort entwickeln die aktiven Bürger/innen in einem alten Fachwerkhaus den Dorfladen mit seinen Aktivitäten. Da im Ort kein Geschäft mehr vorhanden war, hat die Bürgerstiftung Dillhausen, die Hauseigentümerin des Fachwerkhauses, mit einem Dorfladen und einem Café einen wichtigen Treffpunkt für die Menschen vor Ort geschaffen.

Käthchen's Dorfladen ist einerseits ein Ort der Begegnung und schafft andererseits Einkaufsmöglichkeiten für Brot, Obst und Gemüse, Wurst und Käse und andere Artikel des täglichen Bedarfs. Jeden Mittwoch bietet der Dorfladen einen Mittagstisch an und ist insbesondere für ältere Bürgerinnen und Bürger des Ortsteils Dillhausen ein geschätztes Angebot. Brotbacken im Backhaus und ein großer attraktiver Herbstmarkt runden die Aktivitäten ab.

Mittendrin für alle

Sollen Dörfer nicht nur für Junge und Alte, Kranke und Gesunde Heimat bleiben oder werden? Ist es nicht ein gutes Gefühl in eine dörfliche Gemeinschaft eingebettet zu sein und auf Nachbarschaftshilfe vertrauen zu können? Von diesen Fragen hat sich der Verein „Mittendrin für alle“ im Mengerskirchener Dorf Waldernbach leiten lassen. In unmittelbarer Nähe zu wichtigen Einrichtungen wie einer Sportstätte, einem Lebensmittelgeschäft, der Kirche, der Gastronomie und einem Dorfgemeinschaftshaus stehen zwei alte, baufällige Gebäude leer. Ein Abriss ist notwendig. Das Grundstück wurde von der Gemeinde erworben. Mit dem geplanten Neubau erhält das Dorf einen neuen Mittelpunkt im Ortskern. Das ambitionierte Projekt „Inklusionshaus Dorfmitte“ bündelt Themen wie Wohnen, Pflege, Betreuung und Arbeit. Entstehen sollen eine ambulant betreute Wohngruppe für Menschen mit Handicap und neun weitere Wohnappartements. Neben der Schaffung von Wohnraum ist auch ein Gewerbebereich mit einer Werkstatt geplant. Hier hat die Gemeinde bereits mit der Lebenshilfe Wetzlar-Weilburg eine Zusammenarbeit vereinbart. Ein weiterer Schwerpunkt des Projektes ist das seniorengerechte Wohnen auf dem Areal.

Getragen wird das Vorhaben von Bürgerinnen und Bürgern in einem Verein. Vermieter ist eine eigens gegründete Wohnbaugenossenschaft. In Waldernbach existiert schon das

Familienzentrum „Alte Schule“, ein Ort der Begegnung und ein Raum für Veranstaltungen rund um Bildung, Erziehung und Gesundheit. Das geplante Inklusionshaus soll dann unmittelbar mit dem bereits bestehenden Familienzentrum verbunden werden.

Ausblick

Noch nicht in der Umsetzung ist ein Vorhaben für Frauenbeschäftigung im Ortsteil Winkels. Hier soll es künftig Frauen ermöglicht werden, eine Beschäftigung in der ländlichen Region zu finden.

Das Zukunftsforum Mengerskirchen fußt auf der Arbeit der verschiedenen Projektgruppen. Die örtliche Zuordnung der Projektgruppen auf die Ortsteile basiert im Wesentlichen auf schon bereits gewachsenen Strukturen (Räumlichkeiten, örtlich ansässige Experten) und dient der Einbindung der Ortsteile als Zeichen der innerkommunalen Verbundenheit. Dies zeigt sich auch darin, dass die Mitwirkenden in den Projektgruppen aus den verschiedenen Ortsteilen kommen, sodass ein kleines Netzwerk in der Gesamtgemeinde entstanden ist. Zurzeit sind rund 60 Personen aller Altersgruppen in unterschiedlicher Zusammensetzung ehrenamtlich aktiv, die in regelmäßigen Treffen die Realisierung der Projekte vorantreiben.

Für Bürgermeister Thomas Scholz macht den Erfolg des Zukunftsforums aus, dass die verschiedenen Projekte passgenau auf die Interessenlagen der aktiven Bürgerinnen und Bürger vor Ort abgestellt sind. Überhaupt sei in der Gemeinde ein starkes bürgerschaftliches Engagement schon seit langem ein Pfund, mit dem die Gemeinde Mengerskirchen wuchern kann. Zudem macht der Bürgermeister deutlich, dass die verschiedenen Projekte natürlich auch Geld kosten – jenseits des bewundernswerten Engagements der Beteiligten. Aber jeder investierte Euro erlebe eine gute Verzinsung für die Zukunft, so der Bürgermeister.

(Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Hessischen Städte- und Gemeindebunds)

Aus der Rechtsberatung der SGK

Nichtöffentlichkeit von Kreisausschusssitzungen

Aktuell ist durch einen Rechtsstreit die Frage der Nichtöffentlichkeit von Kreisausschusssitzungen – und damit auch der Gemeindevorstände sowie der Magistrate – in der Diskussion. Eine rechtliche Klarstellung zeichnet sich jedoch bereits ab.

Auslöser war der Antrag eines ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten, der im Wege der einstweiligen Anordnung erreicht hat, dass mit Ausnahme des gewählten Schriftführers bzw. seines gewählten Stellvertreters in den nicht-öffentlichen Sitzungen des Kreisausschusses Bedienstete der Kreisverwaltung über die zeitliche Dauer ihres Sachvortrags zu einzelnen Tagesordnungspunkten und über die Klärung von Rückfragen hinaus nicht (mehr) an den Beratungen und Abstimmungen als Zuhörer teilnehmen dürfen. Der entsprechende Beschluss des Verwaltungsgerichts Gießen wurde vom Hessischen Verwaltungsgerichtshof bestätigt. Die Hauptsache ist noch nicht entschieden.

In dem einstweiligen Rechtsschutzverfahren hat der Verwaltungsgerichtshof ausgeführt, dass die Mitglieder im Kreisausschuss in einem Spannungsverhältnis zueinander stünden und aufgerufen seien, sich an der Willensbildung des Organs auch durch aktive Einflussnahme auf Beratung und Beschlussfassung unbefangen und ohne Rücksicht auf anwesende Dritte nehmen zu müssen zu beteiligen. In Folge dessen gewährleiste § 67 Abs. 1 Satz 1 HGO dem einzelnen Kreisausschussmitglied einen organschaftlichen Anspruch auf regelmäßig nicht-öffentliche Sitzungen.

Hieraus schlussfolgert der VGH, dass Mitarbeiter der Kreisverwaltung im Verhältnis zu den Kreisausschussmitgliedern „Dritte“ seien, die grundsätzlich nicht an einer nicht-öffentlichen Sitzung des Kreisausschusses teilnehmen dürfen. Hiervon ausgenommen seien lediglich der gewählte Schriftführer bzw. sein Vertreter sowie die Aufsichtsbehörde, nicht jedoch sonstige Kreisbedienstete. Allerdings betont das Gericht auch, dass die Mitarbeiter der Kreisverwaltung in der Praxis vielfach diejenigen sind, die die

zu beratenden und entscheidenden Vorlagen darstellen und erläutern können, sodass es gerechtfertigt ist, das bei nicht-öffentlichen Sitzungen bestehende strikte Verbot ihrer Anwesenheit auf den Teil der Sitzungen des Kreisausschusses zu beschränken, in dem das Gremium über die zur Entscheidung anstehenden Vorlagen berät und abstimmt. Sinn und Zweck der Nicht-Öffentlichkeit der Sitzungen sei gerade auch die unbefangene Erörterung und Entscheidung durch das Gremium, die durch eine Öffnung für Kreisbedienstete auch bei den Beratungen und Abstimmungen des Kreisausschusses nachteilig beeinflusst würde.

Um den bis zu einer endgültigen Entscheidung vergehenden Zeitraum

und die in dieser Zeit bestehende rechtliche Unsicherheit zu vermeiden und um den Bedürfnissen der Praxis Rechnung zu tragen, haben die Kommunalen Spitzenverbände eine Klarstellung in der Hessischen Gemeindeordnung eingefordert. Der aktuell im Landtag behandelte Gesetzentwurf zur Einführung der „Hessenkasse“ sieht folgende Änderung vor:

In § 67 Absatz 1 (HGO) wird nach Satz 1 der folgende Satz eingefügt:

„Der Vorsitzende kann Gemeindebedienstete zu den Sitzungen beiziehen.“

Die Änderung gilt über die Verweisungsnorm in § 42 HKO für die Landkreise entsprechend.

SGK Hessen Veranstaltungen

Kommunalpolitische Schwerpunkte für die Landtagswahl

6. Juni 2018, 20:00 Uhr

Ort: Segway & Event Park, Wetzlar
Podiumsdiskussion mit Nancy Faeser, Generalsekretärin der SPD Hessen, Harald Semler, Präsident des HSGB und Kirsten Fründt, Vorsitzende der SGK Hessen.

Frauen Netzwerk

7. September 2018, 19:00 Uhr

Ort: Kassel

23. bis 24. November 2018

SGK Bundesdelegiertenkonferenz in Kassel

Weitere Informationen auf unserer seit kurzem neu gestalteten Homepage.
www.sgk-hessen.de

Es lohnt sich mal wieder einen Blick darauf zu werfen!

Angebote der AfK

Rhetorik für Frauen – Intensivkurs

9. Juni bis 10. Juni 2018

Herborn

Bau- und Planungsrecht – Intensivkurs

24. November bis 25. November

Herborn

Interkulturelle Kompetenz

28. Juli 2018, 10:00 bis 17:00 Uhr

Frankfurt/M

Bildungsurlaub Kommunalpolitik

26. November bis 30. November

Bad Hersfeld

Mit Anträgen in kommunalen Gremien erfolgreich

18. August 2018, 10:00 bis 17:00 Uhr

Gießen

Anmeldung und Information

Akademie für Kommunalpolitik
 Hessen e.V., Markstraße 10, 65183
 Wiesbaden, info@afk-akademie.de,
 Telefon: 0611/ 360 117 6,
 Fax: 0611/ 360 119 5

Vertrauen schaffen durch Bürgerbeteiligung

8. September 2018, 9 Uhr

Kassel